

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 12. Juli 1929
11. Jahrg. Nummer 159

Verl. im täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,80 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,60 M., unter Streifenband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die gehobene Willymerkel oder deren Name 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf., Kleinanzeigen: Die dreizehnbändige Willymerkel oder deren Name im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme: In der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 11, Reichstr. 20. Tel. 200 20.
Verlagsredaktion: Breslau 11, Reichstr. 20. Tel. 200 20.
Montags 18. Freitag 18. Sonntags 18. Die Filialredaktionen:
Glatz: Reichstr. 20, Tel. 400 20; Opatowitz: Reichstr. 20, Tel. 100 20;
Görlitz: Reichstr. 20, Tel. 400 20; Züllichow: Reichstr. 20, Tel. 400 20.
Postamt am Hauptplatz Breslau. — Verlags- und Druckerei: Reichstr. 20, Breslau. — Druck: „Reichstr.“-Verlag, Breslau, Reichstr. 20.

Polizeieinsatz gegen Textilarbeiter

Bürgerliche Meldungen — Arbeiter stellt alle Notstandsarbeiten ein

Breslau, 11. Juli.

Der Kampf in der schlesischen Textilindustrie hat eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Am Dienstag kam es in Langenbielau zu einem Zusammenstoß zwischen Streikbrechern und Streikenden, als zwei Lastautos der Firma Meyer Rauffmann Ware abholen wollten. Über die Ereignisse am Mittwoch verbreitet die bürgerliche Telegraphen-Union folgende tendenziöse Meldung:

„Die Lage im Reichenbacher Textilbezirk spitzt sich immer mehr zu. Am Mittwochfrüh war die Polizei mehrfach gezwungen, einzugreifen, um die Ruhe aufrecht zu erhalten und die erregten Massen der ausgesetzten Arbeiter an Gewalttätigkeiten zu verhindern. Ein Zug von mehreren hundert Ausgesperrten umlagerte die noch in kleinem Umfange arbeitende Güstlerische Weberei und bedrohte die an der Arbeitsstätte erscheinenden Arbeiterwilligen. Ein Mann wurde dabei tätlich angegriffen und mißhandelt. Er wurde so schwer verletzt, daß er zum Arzt gebracht werden mußte. Auch am Eingang zur mechanischen Weberei von Fleischler wurde die Lage gefährlich. Hier wurde der Chauffeur eines Lastkraftwagens in arger Weise verprügelt. Erst nach energischem Eingreifen der Polizei wurde die Ruhe wieder hergestellt.“

Sieben Wochen liegen die Textilarbeiter auf der Straße. Sieben Wochen geben sich die Gewerkschaftsbürokraten die erdenklichste Mühe, die Kampffront der Arbeiter zu zerklüften. Hand in Hand mit den Unternehmern arbeiten sie an dem Zustandekommen eines neuen Hungerlohnstatuts. Die staatliche Schlichtungsmaschinerie ist in voller Tätigkeit. Da es trotz alledem bisher nicht gelungen ist, die Textilarbeiter zu zermürben,

greift die Staatspolizei ein.

Der Zweck des verstärkten Polizeieinsatzes ist die offene Unterstützung der Unternehmerröscherei gegen die Arbeiter. So sehen wir, wie der Staat den Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten nicht bloß mit dem Schlichtungsdiplom, sondern auch mit bewaffneten Polizeikräften zu Hilfe eilt.

Textilarbeiter, eure Antwort muß sein:

Einfstellung aller Notstandsarbeiten!

Beschleunigte Organisierung der Kampffront in den Betrieben unter Führung selbstgemählter Leitungen, für die aufgestellten Forderungen.

Klassenjustiz hilft Textilarbeiter aushungern

Verstärkt die Sammlungen

Breslau, 11. Juli.

Die Staatsorgane, die die Streikbrecher schützen, versuchen die Ausgesperrten auszuhungern. U. a. ist gegen die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“, Dombrowski und Thomas, ein Strafverfahren eingeleitet, weil die „Arbeiter-Zeitung“ Aufrufe zur Unterstützung der Ausgesperrten veröffentlicht hat. Ablehnung der Unterstützungsanträge im Landtag und Kommunen, Verhinderung jeder Solidaritätsaktion — so sollen die Textilarbeiter müde gemacht und in die Betriebe zurückgejagt werden.

Hausdurchsuchung in Breslau

Polizei sucht nach Reichswehr-Propagandamaterial bei Genossen Reimann

Breslau, 11. Juli. Heute morgen erhielt Genosse August Reimann den Besuch des berüchtigten Herrn Kuste und seiner Beamten, die nach kommunistischem Zerlegungsmaterial für die Reichswehr hausdurchsuchten. Die Herren Beamten bemühten sich zwar sehr; das Ergebnis ihrer Bemühungen war jedoch mehr als lässlich. Um nicht mit leeren Händen vor ihrem neuen Polizeichef zu erscheinen, nahmen sie allgemeine Schreivorkchriften für die Infanterie mit, die jederzeit käuflich zu erwerben sind.

Die verstärkte Spitzeltätigkeit der politischen Polizei in Schlesien auf Grund der Erlasse Lüdemanns muß alle Genossen und Genossinnen veranlassen, auf der Hut zu sein. Jeder Versuch der Diener des Herrn Lüdemann, durch Schlechthörs, Kniffe und ungeschickliche Tricks, Namen von Mitgliedern, Funktionären zu erlangen, muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden.

„Flügel der Sowjets“ in Berlin

Berlin, 11. Juli. (Eig. Bericht.) Bereits vor einiger Zeit war gemeldet, daß die russischen Genossen planten, mit einem dreimotorigen, vollkommen selbständig in Sowjetrußland gebauten Verkehrsflugzeug A. R. Tupoleff (A. R. T. D) einen europäischen Rund-

flug zu unternehmen. Mittwoch früh, 2,45 Uhr, ist nunmehr der dreimotorige Ganzmetallhochdecker in Moskau unter der Führung des Flugzeugführers Gromoff gestartet. Das Flugzeug führt den Namen „Krylja Sowjetom“ (Flügel der Sowjets), ist mit drei luftgekühlten Triebmotoren zu je 230 PS. ausgerüstet und entwickelt eine Stundengeschwindigkeit von etwa 170 Kilometern. Nach einigen Tagen Aufenthalt in Berlin soll der Flug über Paris nach Rom und Wien fortgesetzt werden. Von Wien aus wird der Rückflug angetreten werden.

„Krylja Sowjetom“ ist am Mittwochmittag auf dem Flughafen Tempelhof gelandet. Im ganzen befanden sich zehn Personen an Bord. Zur Begrüßung war u. a. auf dem Flugplatz der russische Botschafter Genosse Krejtinitsch, erschienen.

Die deutsche werktätige Bevölkerung begrüßt den Besuch des russischen Großverkehrsflugzeuges auf das wärmste.

Auf Befehl des sozialdemokratischen Oberpräsidenten

Kommunisten stärker bespitzeln!

Ein Schanderlaß des Liegnitzer Regierungspräsidenten

Auf Befehl des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Lüdemann ordnet der Liegnitzer Regierungspräsident Feststellung der Redner und Zwischenrufer in politischen Versammlungen an

Der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Liegnitz hat einen Erlaß an die Landeskriminalpolizei herausgegeben, der die einzelnen Beamten zur schärferen Bespitzelung der revolutionären Arbeiterkassen und ihrer Veranstaltungen auffordert. Wir bringen nachfolgend einen Auszug, der den Sinn des Erlasses deutlich charakterisiert:

Liegnitz, 6. 6. 1929.

Hundverjagung!

Betrifft politische Polizei.

Meine Verfügung vom 27. Februar 1929 — I D 5 Nr. 780 — findet zu meinem Bedauern nicht die volle Beachtung; insbesondere habe ich zu beanstanden, daß Vorkommnisse innenpolitischer Art höchst selten als wichtig angesehen werden und deshalb die Meldungen über diese Vorkommnisse unterbleiben. Ich erlaube, in Zukunft die Frage der Wichtigkeit eines politischen Vorkommnisses eher zu bejahen als zu verneinen, und sich für die sofortige Meldung verpflichtet zu entscheiden. Eine schnelle Meldung ist für die politische Polizei von größter Bedeutung. Die Versammlungen, besonders der politisch extremen Parteien und Verbände, sind mit aller Aufmerksamkeit zu beobachten. (1) ... Ich habe den Eindruck, als ob einzelne dieser Beamten nicht in der Lage sind, das in einer Versammlung zu erkennen, was wichtig ist; z. B. fehlt in vielen Versammlungsberichten eine Angabe, wie die Reden von den Parteien und Verbandsangehörigen und von ihren Gegnern aufgenommen worden sind, welche Ausführungen Zustimmung oder Ablehnung gefunden und ob neue Mitglieder gewonnen sind. Großer Wert wird auch auf die Namen der Redner gelegt, auch der Personen, die Zurufe zustimmender oder ablehnender Art gemacht haben. Diese Namen sind in einer Weise festzustellen, daß die Redner

Vom Tage

Im Preussischen Landtag wurde gestern in dritter Lesung das rheinisch-westfälische Umgebungsengesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Einer Meldung aus Washington zufolge haben insgesamt achtunddreißig Länder gegen die neue amerikanische Zollvorlage Einspruch erhoben. Darunter: England, Frankreich, Belgien, Italien, Desterreich, Spanien, die Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden, die Niederlande und alle Staaten Südamerikas.

In Rumänien sind bisher 38 Verhaftungen vorgenommen worden. Auch mehrere Generale sollen verwickelt sein.

In der französischen Kammer findet heute, Donnerstag, die große Ratifizierungsdebatte statt. Die Spannung hat sich durch die Annahme einer Entschließung im Finanzausschuß weiter erhöht, wonach die Schuldenabkommen nur unter der Bedingung ratifiziert werden sollen, daß die Vorbehalte in den Verträgen aufgenommen werden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Arthur Dombrowski, für „Betrieb und Vertrieb“ und „Radenburg“: Wilhelm Biernacki, für „Breslau“, „Görlitz“ und die übrigen Beilagen: Alfred Thomae, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil: Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für Inserate: W. Gieseler, Breslau.

Neuer Bombenanschlag

Niebuß (Kreis Südostpreußen), 10. Juli.

In das Privathaus des Landrates des Kreises Südostpreußen, Stalweit, war von bisher noch unbekanntem Täter eine Zeitbombe gelegt worden, die am heutigen Mittwochmorgen um 3 1/2 Uhr zur Explosion gekommen ist.

Durch die Explosion stürzte die Außenwand des Hauses ein, auch sonst wurde beträchtlicher Gebäudeschaden angerichtet. Personen sind, soweit bis jetzt feststeht, nicht verletzt worden.

Durch die Gewalt der Explosion sind im Landratshaus und in einem Nebenhause alle Fensterscheiben zersprungen.

Weitere Einzelheiten stehen noch aus.

hierdurch nicht belästigt werden. (1) Zu den größeren und bedeutenderen Versammlungen von politisch-extremen Parteien erlaube ich erfahrene Polizeibeamte in höheren Stellungen, die über die politischen Ziele gut unterrichtet sind, gegebenenfalls die Leiter des Polizeivollzugsdienstes, zu entsenden. Ich erwarte hierdurch eine wesentliche Verbesserung der Berichterstattung!

In Vertretung: gez. von Spieker.

Der demokratische Regierungspräsident in Liegnitz führt mit diesem Erlaß lediglich den Befehl seines Vorgesetzten, des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Lüdemann, aus, der vor einiger Zeit in einem von uns veröffentlichten Rundschreiben die ihm unterstellten Organe ausdrücklich zur verstärkten

Bespitzelung kommunistischer Verbände, insbesondere des kommunistischen Jugendverbandes,

aufgefordert hat. Herr Lüdemann hat in dem demokratischen Regierungspräsidenten einen dienstfertigen und willigen Beamten gefunden. Der sozialdemokratische Herr wird seinen demokratischen Diener loben! Bevor noch das realtönende von Sebering ausgehende neue Vereinsgesetz angenommen worden ist, versuchen die Behörden des kapitalistischen Staates auf Befehl eines Sozialdemokraten, das Versammlungsrecht durch politische Bespitzelung und Bespitzelung vollkommen aufzuheben. Ein Gegenstück zu dem Liegnitzer Erlaß sind die standalösen Vorgänge in Görlitz. Die dortige Polizeiverwaltung hat ein Namensverzeichnis und die Adressen der Ortsgruppenleitung der kommunistischen Partei verlangt und Zwangsmaßnahmen zur Durchführung ihres Verlangens angedroht. Der preussische sozialdemokratische Innenminister hat ausdrücklich dieses vollkommen ungeschickliche Verhalten gutgeheißen! Unsere Genossen im Landtag haben die Görlitzer Vorgänge, wie wir gestern berichtet haben, zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Der Diktaturminister Orjesinski wird Rede und Antwort stehen müssen.

Der Liegnitzer Erlaß stellt indessen den Görlitzer Standal noch in den Schatten. Die Bespitzelung, die von Herrn v. Spieker verlangt wird, erinnert an die Zeiten des Bismarckischen Schandengesetzes. Nicht nur Mitglieder und Redner, sogar die Zwischenrufer sollen festgestellt werden. Höher geht's nimmer! Diese systematische, von Orjesinski ausdrücklich gebilligte Bespitzelung politischer Parteien richtet sich ausschließlich gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen die SPD., gegen den KJBD. und die mit ihnen sympathisierenden Organisationen.

Der Liegnitzer Erlaß und die Görlitzer Vorgänge sind ein weiterer Schritt vorwärts auf dem Wege des Sozialfaschismus. Je stärker die Unternehmerröscherei, je größer die Klassengegensätze, je intensiver die Kriegsvorbereitungen, desto schamloser und brutaler werden die Angriffe der Sozialfaschisten auf die jahrzehntelang erkämpften Rechte der Arbeiterkassen. Nur ein gefestelltes Proletariat läßt sich wehrlos wie Schlachtvieh in den nächsten imperialistischen Krieg treiben. Deshalb die offene Unterstützung der Hungerkassenforderungen der Unternehmern gegen die schlesischen Textilarbeiter durch Schandentscheidungen, und die Beschäftigung der Streikbrecherorgane durch Polizei. Deshalb die Aufhebung des Vereinsgesetzes durch Spiekererlasse. Deshalb die Diktaturankündigungen Seberings! Die schlesische Arbeiterkassen wird unter Führung der kommunistischen Partei die sozialfaschistischen Erlasse beantworten mit verstärktem Kampf gegen die Sozialfaschisten und verstärkter Mobilisierung der Massen für den Antikriegstag am 1. August!

Tageskalender der Kriegsvorbereitungen wie sie hetzen und räsien!

Gumanski, das Haupt der antibolschewistischen Fällhergruppe Miegels, hat trotz seiner Ausweisung Berlin nicht verlassen. Die Bolschewistenplünderer haben ein Nestflug-Objekt von der Meier-Straße und dem Meier Hof, besonders geeignet für Bombenabwurf, fertiggestellt.
Im Gefolge wurden ein „Deutscher Arbeiter-Luftfliegerverband“ gegründet mit dem Ziel, für das Flugwesen „das Vertrauen des ganzen Volkes“ zu gewinnen.

Der Bau des neuen 110 Meter großen Flugplatzes, der der Verfertigung von 20 Flugplätzen des In- und Auslandes aufrecht erhält und eine besondere militärstrategische Bedeutung hat.

Major a. D. G. U. Bredt ruft im „Dortmund der General-Anzeiger“ zu einem Wettbewerb auf, im Auftrage des Roten Kreuzes zur Beschaffung von Schutzmitteln gegen den Gas-Tropfen.

In Manteuffel und Nothausen hielten das 18. Marine-Regiment bzw. die 2. Marine-Artillerieabteilung aus Wilhelmshaven Vorgespräche über die 2. Marine-Artillerieabteilung aus Wilhelmshaven über die 2. Marine-Artillerieabteilung aus Wilhelmshaven.

Die Fabrik G. O. G. in Bahrenseld stellt Elektromotoren für moderne Panzerfahrzeuge her.

Die deutschen U-Boote „Schlesien“ und „Schleswig-Holstein“ begaben sich nach Kiel zum Schwarzschießen in der Ostsee. Die neuen U-Boote „Hamburg“ und „Höln“ führen aus Wilhelmshaven zur Probefahrt in See.

Britische Geschwader halten in der Ostsee mit der deutschen Spitze gegen die Sowjetunion in diesem Jahr verstärkte Manöver bis im Gebiet des Weißen Meeres ab. Den ganzen Sommer über soll eine große Anzahl von Kriegsschiffen Englands in der nördlichen Ostsee der russischen Küste stationiert werden.

In Stuttgart wurde ein deutsches Luftfahrtmuseum eröffnet, das der künftigen Propaganda für den Luftkrieg gewidmet ist.

Die Stahlhelmschützen in Oberschlesien hatten Panzerabwehrstellungen als Vorbereitung zum Bürgerkrieg und zum imperialistischen Massenmorden ab.

Der Untergang des englischen Unterseebootes H 47, das im Nordseegebiet mit einem anderen U-Boot zusammenstoß, nach nachlässiger Festschließung 24 Mann umgelommen.

In Dolina, in der Nähe von Lemberg, explodierte bei einer Übung des 21. Artillerieregiments ein Geschütz. Zwei Soldaten wurden auf der Stelle getötet.

Opfer des Grubentotalitars Schwere Explosionsunglück in England

U. London, 10. Juli. In der Wilsden-Grube in Matamoras in der Grafschaft Northamptonshire ereignete sich am Mittwochmittag ein schweres Explosionsunglück. Die Rettungsarbeiten, die sofort in Angriff genommen wurden, waren durch die Entwicklung von Giftgasen außerordentlich erschwert. Erst nach stundenlangen Anstrengungen gelang es, sechs Tote zu bergen. Neun Bergarbeiter haben schwere Verletzungen und davon ist lebensgefährlich verletzt. Zwei Bergleute werden noch vermisst. Die Rettungsarbeiten mussten verschiedene Male zurückgezogen werden, da neben der Entwicklung von Giftgasen ständig Einstürze im Schacht erfolgten. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest. Zur Zeit der Explosion arbeiteten etwa 60 Mann in der Grube.

Wieder ein tödlicher Unfall auf dem Richtenhofschacht

U. Rattenburg, 10. Juli. Auf dem Richtenhofschacht ereignete sich wieder ein tödlicher Unfall. Ein Arbeiter geriet in eine nicht vollkommene Hochspannungsleitung und wurde durch den elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

Sozialfaschistische Hörsing-Warden wollen „aufräumen“!

Das sozialdemokratische „Volk“ in Jena veröffentlicht einen Aufruf des Reichsbanners zur Teilnahme am Verfassungsrunde in Berlin am 11. August, der ganz im Tone der Diktaturvorwürfen des Sozialfaschismus geschrieben ist. Es heißt da u. a.:

„Es muß jedenfalls offen zugegeben werden, daß mit dem Verschwinden des Republikanengesetzes die Staatsautorität geschwächt wird. Wenn nicht sofort an seine Stelle ein anderes Gesetz tritt, so ist erhöhte Wachsamkeit der Republikaner, besonders aber des Reichsbanners, am Platze. Und wenn es nötig sein sollte, muß sich auch das Reichsbanner zur Aktivität bereit halten und bereit machen. Das große Aufräumen darf nicht den anderen überlassen werden.“

An Stelle des Republikanengesetzes tritt das Reichsbanner. Der geschlossenen Front der Stahlhelmer, Nazis und Moskowiter muß die Front der Parteihaltenden Republikaner entgegengestellt werden.

Dieser echt sozialfaschistische Aufruf dreht die Dinge ein wenig. Nicht die „Moskowiter“, sondern, wie schon des öfteren durch Beweise bewiesen, das Reichsbanner steht mit Stahlhelm und Nazis in einer Front gegen die Kommunisten und die revolutionäre Arbeiterfront.

24stündiger Proteststreik in Budapest

Aus Budapest wird gemeldet, daß gestern vorläufig sämtliche Arbeiter der großen Eisen- und Maschinenfabriken von Budapest und Umgebung in einem 24stündigen Proteststreik getreten sind. Der Grund dazu gab der Umstand, daß die Leitung der Ganz-Wagenfabrik zwei Wagen Güterformen ins Ausland schicken wollte, um dort mit billigeren Löhnen etwa 22 Waggons Güterformen herstellen zu lassen. Die Erbitterung der Arbeiter darüber ist so groß, daß an diesem Proteststreik auch die christlichen Gewerkschaften teilnehmen mußten.

Auf Befehl der Preussenregierung

Abwürgung des Orlowprozesses

Aus Furcht vor neuen Enthüllungen verzichtet auf Kronzeugen — Sievert zusammengebrochen — Eine Erklärung des Pressescheffs der Sowjetbotschaft gegen die Verleumdungen des „Sachverständigen“ Voh

Berlin, 10. Juli. (Eig. Bericht.) Die dreitägige Pause im Prozess gegen Orlow ist von den staatlichen Instanzen benutzt worden, um alle Hebel in Bewegung zu setzen, die Schuld der staatlichen Behörden, des Politregiments und des Justizministeriums, zu vertuschen. In der bürgerlichen Presse wird übereinstimmend berichtet, daß der Prozess schon in den nächsten Tagen abgeschlossen sein wird. Die wichtigste Tatsache der heutigen Verhandlung war das Nichterscheinen von Sievert, der bekanntlich heute vernommen werden sollte. Statt des Herrn Sievert lag ein Akt eines Arztes vor, daß Sievert mit den Nerven zusammengebrochen sei und aus diesem Grund nicht erscheinen könne. Auch auf die Vernehmung von Gumanski, des eigentlichen Fällhers des Sinowjew-Briefes, wurde verzichtet. Das Verfahren wegen der Trilisser-Briefe fällt unter den Tisch, lediglich die Angelegenheit des gefälschten Dokumentes, das die amerikanischen Senatoren Borah und Norcross befaßt, wird pro forma noch weiter verhandelt. Alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen aber sind abgebrochen worden. Die deutschen Behörden lassen es nicht zu, daß durch die Aufklärung des Prozesses ihnen in die Karten gedauert werden könnte.

Durch das Nichterscheinen Sieverts war von vornherein die heutige Verhandlung in Frage gestellt worden. Der Erste Staatsanwalt Dr. Köhler erklärt, nach der Verlesung des ärztlichen Attestes, daß Sievert nach seiner Auffassung nicht mehr als glaubwürdiger Zeuge angesehen werden könne, und er verzichtet darum auf die weitere Vernehmung dieses Zeugen. Nach dieser Erklärung springt die Verteidigung sofort vor und verlangt die völlige Niederschlagung der Anklage, soweit sie mit Sievert zusammenhängt. Der Erste Staatsanwalt zieht sich nach etwas und gibt eine verschwommen gehaltene Erklärung in dieser Richtung, die als ein Sieg der Verteidigung bewertet werden muß. Das Gericht, das über die vorliegenden Anträge bezüglich des Zeugen Sievert und bezüglich der Angelegenheit der Trilisser-Briefe berät, verzichtet auf die weitere Vernehmung von Sievert und schlägt damit das Verfahren in der

Angelegenheit der Trilisser-Briefe nieder. Gleichzeitig kommt das Gericht mit dieser Niederschlagung auch um die Vernehmung des außerst wichtigen Zeugen Gumanski herum.

Die Vernehmung der drei Zeugen Regierungsrat Barthels, Herrst Wassiljew und Fräulein Waldisch, der Sekretarin Orlovs, ergibt nichts Neues mehr. Die Zeugen werden nur über den Leumund der Angeklagten vernommen. Interessant ist, daß die Sekretarin Orlovs angibt, daß zwischen Gumanski und Gumanski eine Fiktion ein sehr feiner Briefwechsel bestanden habe, der durch ihre Hände gegangen sei. Da sie aber in russischer Sprache geschrieben seien, habe sie nicht wissen können, was in den Briefen stand. Mit der Vernehmung dieser Zeugen wird die Beweisführung abgeschlossen.

Nach Schließung der Beweisführung ergeht ein Befehl des Pressescheffs der Sowjetbotschaft, Dr. Stern

das Wort, zu einer Erklärung gegen die Angriffe der Verteidigung, bezüglich der Behauptung des Sachverständigen Herrn Johank von Voh, bekanntlich war von der Verteidigung und vom Sachverständigen Herrn von Voh behauptet worden, der Pressescheff der Sowjetbotschaft habe versucht, das Sachverständigenurteil zu beeinflussen. Dr. Stern erklärt, daß die Behauptung des Sachverständigen von Voh unrichtig ist, daß er keinen Versuch unternommen habe, das Gutachten des Herrn von Voh zu beeinflussen. Das Gegenteil sei der Fall gewesen. Von Voh habe sich aus eigener Initiative bei ihm gemeldet. Er habe darauf sofort den russischen Botschafter von dem bevorstehenden Gespäch abfertigt, und er habe von dem russischen Botschafter die Weisung erhalten, auf keinen Fall die Materie des Orlow-Prozesses mit Herrn von Voh zu besprechen. In diese Weisung habe er sich ständig gehalten, trotz mehrfacher Versuche des Herrn von Voh, Material über den Orlow-Prozess zu erhalten.

Die Plädoyers der beiden Staatsanwälte und der beiden Verteidiger werden morgen um 9 Uhr beginnen.

Kampfanzeige der KPD gegen den Sozialfaschismus

Nach der Verabschiedung des Kontrats gab es am Dienstag im Landtag noch eine große politische Debatte über die von den verschiedenen Parteien eingebrachten Mißtrauensanträge.

Die kommunistische Fraktion hatte einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett eingebracht. In der Begründung dieses Antrags wird festgestellt, daß sich die Politik der Koalitionsregierung immer offener und rücksichtsloser gegen die Arbeiterklasse richtet.

Genosse Zendreckti

erklärte: Die Kommunisten gehen von den Klasseninteressen des Proletariats aus und zeigen die Früchte dieser Koalitionspolitik auf. Die Deutschnationalen haben ihren Antrag nur deswegen eingebracht, weil ihnen die Koalitionspolitik noch nicht reaktionär genug ist. Die bedingungslose Dedung Jürgels durch die Regierung ist eine Aufforderung an die faschistischen Elemente in der preussischen Polizei.

Der Rote Frontkämpferbund wird verboten, der Stahlhelm macht Schießübungen. Organsatz verbietet kommunistische Versammlungen und Demonstrationen, die nationaler Studenten können ungehindert durch die Panneile marschieren.

Der 1. August wird die Wehr und Gefährdung der arbeitenden Massen gegen die Politik der Kriegstreiber und ihrer sozialfaschistischen Helfershelfer zeigen. Der 1. August wird eine schallende Danksagung für jene Staatsminister sein, die nur mit Verboten regieren und mit Laternenpfeilen wirken können.

Organsatz verurteilt keine Laternenpfeile zu entschuldigen, die



Gegen imperialistische Kriegsgefahr

demonstrieren die Arbeitersportler in Nürnberg!

Tragt die rote Einheitsfront-Plakette

Zu beziehen zum Preise von 10 Pfg., durch Artur Müller, Breslau 8, Feldstraße 50

angebracht in der Presse „unvollständig“ wiedergegeben sei. Er habe mit seiner Rede warnen und zur Vorsicht mahnen wollen.

Für die kommunistische Fraktion gab Genosse Kasper in einer einstündigen Generalabrechnung mit der Diktatur des Sozialfaschismus eine Erklärung der kommunistischen Fraktion ab, in der es u. a. heißt:

„Die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat haben sich gewaltig verschärft. Großagrarien, Schwerindustrie und Finanzkapital nutzen rücksichtslos die Machtposition aus, die sie durch die immer offener arbeiterefeindliche Koalitionspolitik der SPD. erreicht haben.“

Parallel geht das Bestreben der Sozialdemokraten, durch Hinzuwurf der Opposition und Spaltung der proletarischen Massenorganisationen die Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterport- und Freideutscherorganisationen zu brauchbaren Werkzeugen der faschistischen Diktaturpläne umzugestalten.

Die Arbeiterklasse erkennt die großen Gefahren, die ihr auf diesem Kurs erwachsen. Sie weiß, daß die Träger dieser sozialfaschistischen Politik ihre Klassenfeinde sind, denen sie mit unverstehlichem Haß und Kampfbereitschaft gegenübersteht.“

Schließlich hielt

Genosse Wollweber-Breslau

das Schlusswort für die kommunistische Fraktion. Er ging auf die großen Vorbereitungen der Regierung und der Koalitionsparteien zum Verfassungsrunde ein.

Die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge werden Donnerstagmittag stattfinden.

Während der Verhandlung kam es zwischen dem offenbar sehr stark angegriffenen Sozialdemokraten Behrens-Gathmeier, einem Deutschnationalen und einem Nationalsozialisten zu einem Reintjeckel, für die Behrens und der Deutschnationalen für einen Tag ausgeschlossen wurden.

Kommunistische Demonstrationen an den Gräbern der Julioffer verboten

(Eig. Ber.) Wien, 10. Juli.

Die Demonstration der kommunistischen Partei Österreichs zum Andenken an die Opfer des 15. Juli 1927, die Sonntag, den 14. Juli vormittags stattfinden sollte, ist von der Polizei verboten worden. Dagegen wurde die sozialdemokratische Kundgebung an den Gräbern der Julioffer am 14. Juli, nachmittags, gestattet, ebenso die Demonstration des internationalen Sozialistischen Jugendtreffens.

Heraus zur Massen-Kundgebung

am Freitagabend, 20 Uhr, im „Schießwerdorsaal“

Es spricht der „Rundfunk-Attentäter“ Genosse Schulz-Berlin MdL.

Sammelplätze:

Zentrum 19 Uhr, Neumarkt, Nord 18.30, Weissenburger Platz, Süd 18.30, Zanke, Ost 19 Uhr, Broekauer Platz, Nordost 19 Uhr, Bauschulplatz, West 19 Uhr, Striegauer Platz

Die Sozialdemokratie und der Krieg

Von Fritz Rück

Die Emser Depesche und der Volkskrieg gegen Rußland

Bebel und Wilhelm Liebknechts tapfere Haltung während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 waren richtungweisend für die sozialdemokratische Stellung zur Kriegfrage in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie hatten sich in der ersten Abstimmung über die Kriegskredite der Stimme enthalten und im weiteren Verlaufe des Krieges den härtesten Kampf gegen Bismarcks Annektionspolitik eröffnet.

Eine besondere Rolle spielte in der sozialdemokratischen Agitation der nächsten Jahrzehnte die Emser Depesche. Bismarck hatte bekanntlich, um den schwankenden König zur Kriegserklärung zu zwingen, in Ems, wo er sich zur Kur aufhielt, eine französische Depesche abgeändert, die Fälschung wurde nach Bismarcks Sturz von Wilhelm Liebknecht aufgedeckt. Die deutsche Sozialdemokratie hatte damit ein glänzendes Beweismittel dafür, wie die Minister der herrschenden Klassen es verstehen, mit Hilfe von Fälschungen einen Krieg zu provozieren, der in der Linie ihrer Politik liegt. Im August 1914 war dies von den Führern der Sozialdemokratischen Partei plötzlich vergessen und ohne Wimperzucken sprachen sie den ministeriellen Stiefelpufern Wilhelms II. das Märchen vom dem heimtückischen Ueberfall nach, gegen den sich Deutschland zur Wehr sehen müsse.

Aus einer andern Quelle stoh der Begriff vom Volkskrieg gegen das zaristische Rußland, der im Verlauf der Revolution von 1848 entstanden, von Marx und Engels damals als Mittel zum Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte gegen das große Reservoir der feudalen und absolutistischen Mächte gefordert worden war. Auch Bebels Ausspruch, bei einem Kriege gegen das zaristische Rußland werde er selbst noch die Plünder auf den Budel nehmen, ist aus demselben Gedantengang heraus entstanden, der die Haltung der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus bestimmte.

Während des neunzehnten Jahrhunderts war das zaristische Rußland auch in Wirklichkeit der größte Widerstand gegen jede revolutionäre Umwälzung Europas. Mit dem Anbruch der imperialistischen Epoche im 20. Jahrhundert und insbesondere nach dem russisch-japanischen Krieg 1905 und der in seinem Gefolge ausbrechenden russischen Revolution war dies anders. Mit der wachsenden Industrialisierung waren in Rußland selbst die revolutionären Kräfte herangewachsen, die bewiesen, daß nur sie allein fähig waren, den Zarismus zu stürzen und der revolutionären Bewegung in allen Ländern einen neuen energischen Stoß zu geben. Andererseits spielten die anderen imperialistischen Großmächte, die den Zarismus gegen die Revolution führten, eine nicht minder reaktionäre Rolle als das zaristische Rußland. In der großen Militärdemütie auf dem Essener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde von den Rednern des linken Flügels mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Parole vom Befreiungskrieg gegen den Zarismus durch die tatsächliche Entwicklung längst überholt sei und daß Rußland nicht mehr am Schwanz, sondern an der Spitze der revolutionären Entwicklung Europas marschiere.

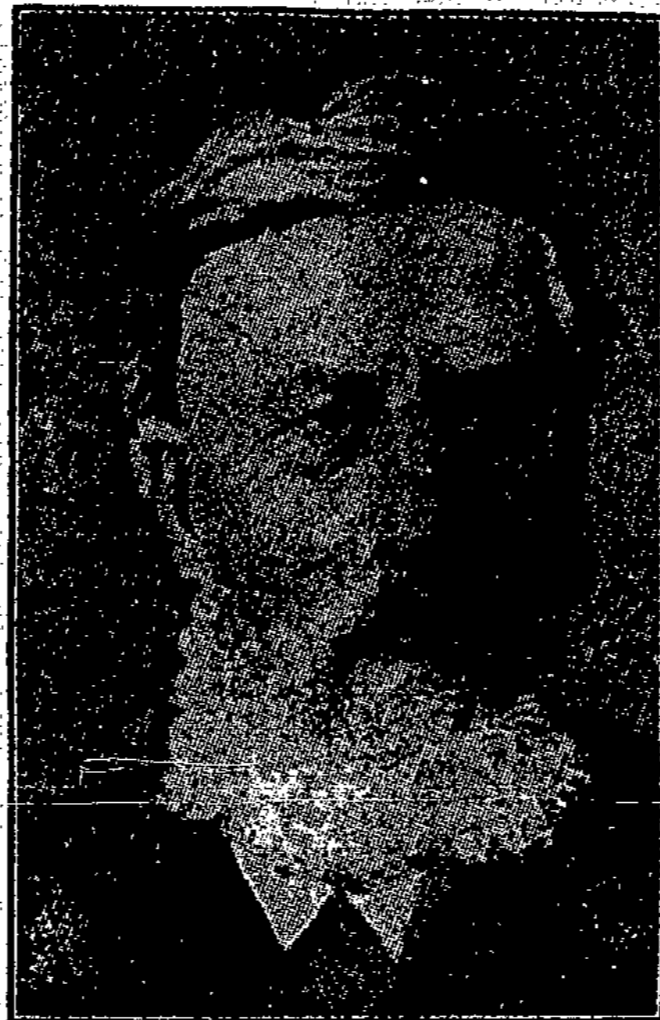
In der sozialdemokratischen Agitation der Vorkriegszeit kann man auch nirgends mehr die Parole vom Volkskrieg gegen Rußland finden, sie wurde erst wieder hervorgeholt, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im August 1914 nach einer Begründung ihres offenen Ueberganges ins Lager des Imperialismus suchte und glaubte, die revolutionären Traditionen zur Entfaltung der Kriegsbegeisterung auszunutzen zu können durch den Appell an die Volksmassen, Deutschland gegen die östlichen Barbarenhorden zu schützen und auf den deutschen Bajonetten die Freiheit in das unterdrückte Rußland zu tragen. So trug jeder die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus verteidigende Sozialdemokrat einige Zitate von Marx und Bebel bei, in denen gesagt wurde, daß der revolutionäre Volkskrieg gegen Rußland eine notwendige und revolutionäre Sache sei — welche Voraussetzungen zur Zeit der Entstehung dieser Aussprüche bestanden hatten, das unterschlug man.

Internationale Beschlüsse gegen den Krieg

Die Stellung der Zweiten Internationale in der Kriegfrage war schwankend und unsicher, nur eines war bestimmt: alle Beschlüsse der internationalen Kongresse über den Kampf gegen den Krieg forderten, daß die sozialdemokratischen Parteien alles tun müßten, um im Kriegsfalle den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen. Maßgebend war der in Basel 1912 erneuerte und bestärkte Beschluß des internationalen Kongresses in Stuttgart 1907, dessen von Lenin und Rosa Luxemburg formulierter wichtigster Absatz lautet:

„Sollte der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie (die arbeitenden Klassen und ihre parlamentarischen Vertreter) verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahinzustreben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Statt dessen erklärten die deutschen Sozialdemokraten bei Kriegsausbruch: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich“, und während die deutschen Arbeiter durch den Giftgasnebel der Hurra Stimmung ins Feld marschierten, schlossen die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften mit den Beauftragten der kapitalistischen



Wilhelm Liebknecht

Klassenherrschaft den Burgfrieden, sie stellten sich der imperialistischen Kriegspropaganda zur Verfügung. An die Regierungskrippe ließ man sie damals noch nicht heran, sie waren billiger zu kaufen, sie begnügten sich mit dem Dienste im Hinterland. In der Regierung brauchte man sie erst, als im Herbst 1918 das imperialistische Deutschland aus dem letzten Loch pfliff.

Die Zweispaltigkeit der Haltung der Zweiten Internationale zum Krieg brachte am besten Jean Jaurès zum Ausdruck, der in einer Pariser Versammlung das Ergebnis des Stuttgarter Kongresses in den Worten formulierte: „Weder Verrat am Vaterlande noch am Sozialismus“. Das alte Sprichwort: man kann nicht zweien Herren dienen, bewahrheitete sich, allerdings auf eine grausame Weise, als der Krieg ausbrach. Sieben Jahre nach dem Kongreß übten die meisten und größten Parteien der Zweiten Internationale Verrat am Sozialismus und unterstützten das sogenannte Vaterland, das heißt den heute- und blutgierigen Imperialismus ihres Landes.

Die pazifistische Aera der Sozialdemokratie

Nachdem der deutsche Imperialismus in viereinhalb Kriegsjahren sich zu Tode gesiegt hatte und unter die militärische und wirtschaftliche Kontrolle der Sieger von Versailles gestellt war, mußte er nach außen eine pazifistische Rolle spielen und gegenüber den Siegern des Weltkrieges Erfüllungspolitik treiben, um mit desto größerer Brutalität die revolutionäre Bewegung im Innern niederzuschlagen. Die sozialdemokratischen Führer besorgten beide Teile dieser Aufgabe im Dienste der Bourgeoisie mit gleicher Gründlichkeit. Mit süßen Friedensphrasen auf den Lippen ließen sie von Konferenz zu Konferenz und nahmen der Bourgeoisie die unantworbare Rolle ab, Friedensverträge, die der steigende Imperialismus der anderen diktiert hatte, zu unterschreiben und aus der hungerrnden deutschen Bevölkerung die Reparationsmilliarden herauszuschinden.

Auch in dieser pazifistischen Aera der Nachkriegszeit war die Politik der deutschen Sozialdemokratie von den Interessen des Imperialismus diktiert, der „reale Pazifismus“ Hülfsding machte aus der Not und dem Diktat der Entente eine Tugend, die nur so lange vorhielt, bis die Zeit für den realen Imperialismus, die neue Aufrüstung, herangerückt war. Die pazifistischen Phrasen hatten nur den Zweck, die Eingliederung Deutschlands in die neue imperialistische Front gegen die Sowjetunion zu beschleunigen und gleichzeitig vor den arbeitenden Massen zu verschleiern.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde von den sozialdemokratischen Führern als Ausdruck einer neuen Aera des Friedens gefeiert, während er doch nichts anderes bedeutete, als daß Deutschland unter gewissen Bedingungen gestattet werden sollte, die Landsknechtrolle gegen den revolutionären Osten zu spielen. Ueber das „Friedenswert“ von Locarno und Thoiry vergoß der „Vorwärts“ viele Tränen der Rührung, während der praktische Inhalt dieser Konferenzen die Einleitung einer neuen Aera imperialistischer Weltkonflikte war. Die pazifistische Phrasen hielt große Massen, die von den Segnungen des Weltkrieges die Nase voll hatten, unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Führung. Um so ernster und tiefgehender ist die Krise, die in der Sozialdemokratischen Partei ausgebrochen ist, seitdem die neue Aera offener imperialistischer Aufrüstung in Deutschland die sozialdemokratischen Führer zwingt, mehr und mehr auf die pazifistischen Phrasen zu verzichten und sich als das zu zeigen, was sie in Wirklichkeit sind: nicht mehr die passiven Mit- und Nachläufer der imperialistischen Politik, sondern ihre bewußten und aktiven Werkzeuge.

Bauernkreuzerbau und Wehrmachtspolitik

Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten durch ihre Scheinopposition gegen den Bürgerkrieg die Massen über den wirtlichen Charakter ihrer Politik getäuscht haben, so daß sie bei den Wahlen 1928 als stärkste Partei in den Reichstag einzogen, hat sie gezwungen, unter ihrer eigenen Verantwortung offen die imperialistische Kriegspolitik zu treiben, die sie bei aller Scheinopposition auch vorher schon unterstützten.

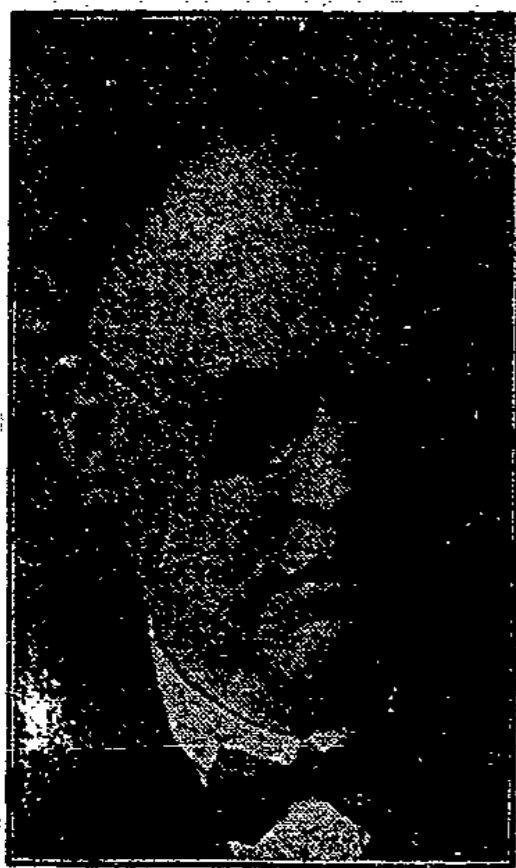
Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Bauernkreuzers schlug allem Gerede über Wirtlichkeit und ewigen Frieden, allen Völkerbundsträumen und Beschüssen der internationalen Kongresse der Zweiten Internationale ins Gesicht. Die entscheidenden Kreise des deutschen Finanz- und Schwerkapitals forderten von den sozialdemokratischen Ministern uneingeschränkte Unterstützung der neudeutschen Aufrüstung, deren Tendenz sich, wie der Bau der Serie von Bauernkreuzern und ihre Begründung in der Groenerischen Denkschrift zeigen, völlig einseitig gegen die Sowjetunion richtet.

Um die offene Krise, dem Abmarsch der durch die sozialdemokratische Aufrüstungspolitik enttäuschten und erbitterten Massen hinauszuzögern und die wirtliche Rolle der Sozialdemokratie im neudeutschen Imperialismus den Massen zu verbergen, versucht die Sozialdemokratie ein widerwärtiges, henkerisches Doppelspiel durchzuführen. Während die sozialdemokratischen Minister dafür sorgen, daß der Bauernkreuzerbau möglichst rasch vollzogen geht und auf Befehl der Bourgeoisie auch im Reichstag dafür stimmen, gibt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Stimme gegen Bauernkreuzer ab — aber nur dann, wenn auch ohne sie eine feste Mehrheit für den Bau vorhanden ist.

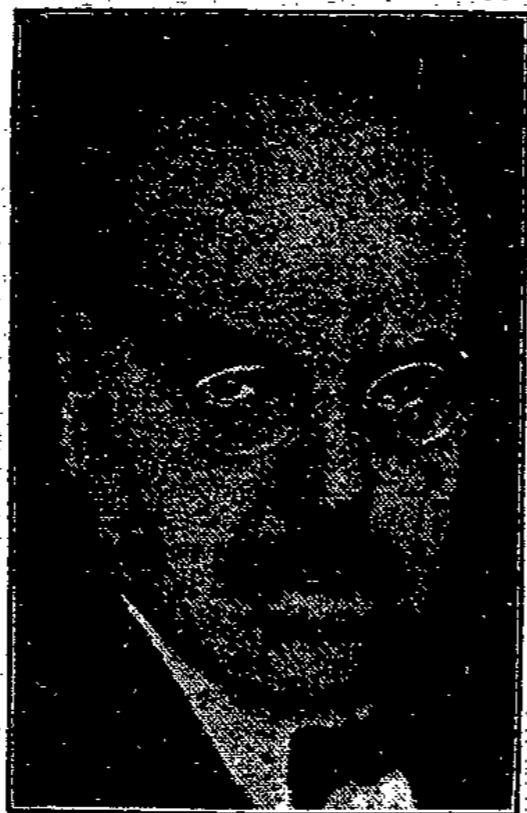
Auch das neue Wehrprogramm und die Wehrdebatte auf dem Magdeburger Parteitag der SPD. brachten klar zum Ausdruck, daß die sozialdemokratische Partei aktiv an der Vorbereitung des kommenden imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion beteiligt ist, ja daß sie bei diesen Kriegsvorbereitungen eine führende Rolle spielt. Noch in Marseille konnte Otto Bauer im Namen der Zweiten Internationale den Ruf erheben: „Hände weg von Sowjetrußland!“ Es war nur eine demagogische Geste, heute setzt die Sozialdemokratie an die Stelle solcher Geste eine provokatorische Sprache gegen die Sowjetunion, die immer unverhohlener der Vorbereitung des offenen Krieges dient.

Der Kampf gegen den Krieg, den die deutsche Arbeiterklasse zu führen hat, muß sich daher mit aller Schärfe und Energie gegen die Partei der Sozialimperialisten und Sozialfaschisten richten. Ihren Einfluß bei den breiten Massen völlig auszuhalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben im Kampfe gegen den Krieg.

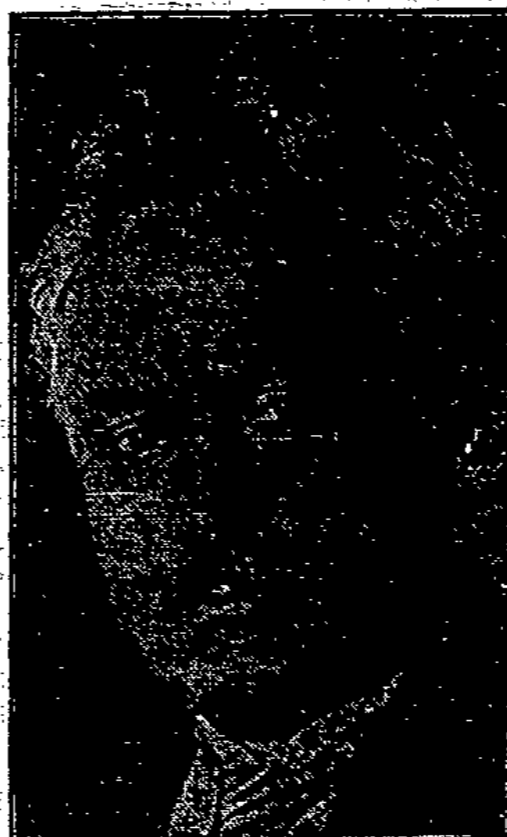
Die SPD.-Minister der Kriegskoalition



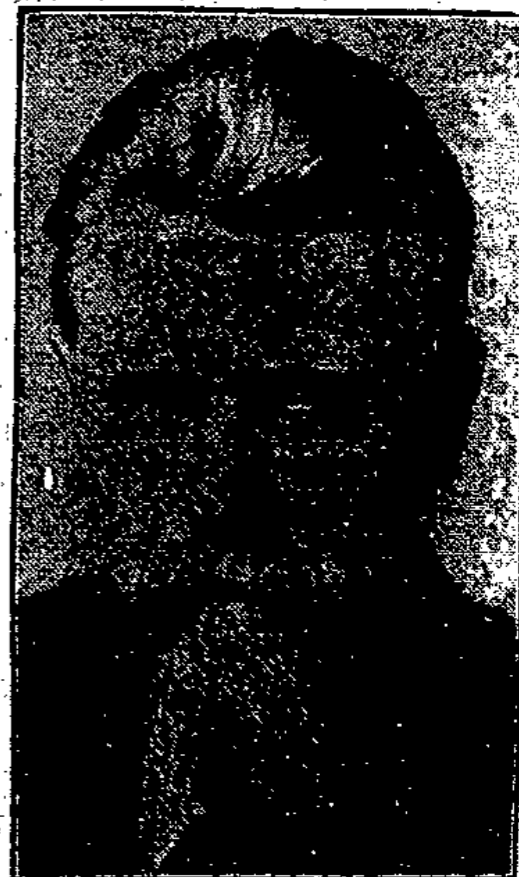
Hermann Müller



Hilferding



Severing



Wissoll

Haben sie 1914-18 noch Hilfsdienste für den deutschen Imperialismus geleistet, so sind sie heute die aktivsten Vorkämpfer für den Krieg gegen die Sowjetunion

Aus der Praxis der Falschmünzer

Seit Ende vorigen Monats sind hier in drei Fällen durch bisher unbekannt gebliebene Täter verfällichte 20-Mark-Banknoten in den Verkehr gebracht worden.

Merkwürdige Zustände in der „Herberge zur Heimat“

Ganz sonderbar geht es in der „christlich“ geleiteten „Herberge zur Heimat“ auf der Polkestraße zu. Manche der Insassen belommen es fertig, ihren armen Kassekollegen noch die letzten Pfennige zu stehlen.

„Blutschande“ mit seinen drei Töchtern

Unter der Anklage schwerer Eittlichkeitsverbrechen, begangen an seinen eigenen drei Töchtern unter 18 und 16 Jahren, stand vor dem erweiterten Schöffengericht der 61 Jahre alte Tischbautechniker Otto Möhner.

Der Tischlereibrand in Groß-Zschansch

Zu dem von uns gestern kurz gemeldeten Tischlereibrand in Groß-Zschansch erfahren wir noch: Kurz nach 6,15 Uhr war in der Tischlerei von Wenzel Feuer ausgebrochen.

Polizei und Feuerwehrgenegen verschärfte Breslauer Arbeitslose

Schwere Zusammenstöße bei einer Hochzeitsfeier. In Kendorf bei Silberberg kam es in einem Gasthause zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern einer Hochzeit und Breslauer Arbeitslosen.

einem ausgedehnten Feuer gegenüber. Da die Wasserentnahmestellen sehr weit entfernt waren, wurde die Depesche „Großfeuer“ abgegeben, um weitere Verstärkungen heranzuholen.

Mittelschlesien

Strehlen. Die Kriegsbeher marschieren auf. Am Sonntag fand sich wieder einmal alles in Strehlen ein, was ein halbwegs treu deutsches Herz besitzt. Man sollte lange vorher von einem „Maffen“aufmarsch von 6000 Mann, aber man sah recht betrübte Gesichter, als die „Maffen“, die man aus ganz Schlesien zusammengezogen hatte, in Stärke von 945 Mann erschienen.

Die deutschnationalen Pferde. Am Sonnabend gingen bei der Übung der Arbeiter-Schalmekapelle die Pferde eines Besitzers durch, rannten gegen einen Leitungsast und konnten dort zum Stehen gebracht werden.

— Anfall im städtischen Steinbruch. Verunglückt ist der Steinarbeiter Paul Kiedel indem ihm ein umkippernder Hauf auf das linke Fußgelenk fiel.

Die Eingenommen:

„Die große politische Bedeutung des Luftverkehrs“

Das Reichsverkehrsministerium hält die Sinnen über Breslau hinaus für besonders wichtig

Breslau, den 11. Juli.

Die Schlesische Luftverkehrs-W.G. besitzt eine Pressstelle, die einen Nachrichtenendienst herausgibt. Der Nummer 18 dieses Nachrichtenendienstes (9. Juli 1929) entnehmen wir folgende beachtenswerte Stelle aus einer Polemik über die Streckung der Luftfahrtdenvention durch die Breslauer Stadtoberordnetenversammlung:

„Darüber hinaus hat auch schon das Reichsverkehrsministerium von dieser Auffassung Kenntnis genommen. Bei der außerordentlichen Anspannung der gerade diesem Ministerium zur Verfügung stehenden Mittel und der großen politischen Bedeutung, die die Förderung des Luftverkehrs von Gleichmuth zweifellos hat, mußte damit gerechnet werden, daß die Niederschlesien bisher zugewandten Beträge im kommenden Jahr Oberschlesien zugesöhnt werden.“

Mit diesem Satz haben wir das Bekannte bekommen, was wir immer behauptet haben und was auch maßgebend war für die Ablehnung der Subvention durch die kommunikativen Stadtoberordneten, daß nämlich die Förderung der Luftfahrt nicht aus sogenanntem „Verkehrszwecke“ erfolgt, sondern rein politische Gründe dafür maßgebend sind.

es geht darum, die Ostprovinzen in jeder Hinsicht militärisch aufzurüsten. Diefem Zwecke dient die Selbsthaltung, s. Z. sogar Verstärkung der sogenannten Dignationen, und diesen Zwecke dienen auch die größeren Zuschüsse, die das Reichsverkehrsministerium den ober-schlesischen Fluglinien zuwenden will.

Arbeiter! Aufgepaßt! Ein unvorsichtiges Wort des Luftnachrichtendienstes hat offenbar, was „Luftverkehr“ heute heißt, ohne Überforderung gesagt — Vorbereitung neuer Kriege! Das ist die politische Bedeutung. Breslauer Arbeiter! Laßt ihr nicht all diese Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Der Skandal mit der neuen Wellenlänge

Mit den bisher benutzten Rundfunkapparaten ist nichts mehr zu hören

Wir haben aus Breslau und auch aus der Provinz eine Reihe von Briefen erhalten, in denen lebhaft Klage darüber geführt wird, daß nach der Neueinstellung der Rundfunkwellenlänge mit den bisher benutzten Apparaten nichts mehr zu hören ist.

Von seiten der Schlesischen Funktunde A.-G. werden die Störungen darauf zurückgeführt, daß die Wellenlänge um 70 Meter vergrößert worden ist. Dies habe einen vollkommenen Umbau des Luftleiters erfordert und das Ergebnis sei eben der schlechte Empfang.

Das ist allerdings ein recht schwacher Trost für die Arbeiterhörer, denen es schwer genug fällt, die viel zu hohe Teilnehmergebühren von 8 Mark vierteljährlich aufzubringen.

erfolgt. Bei der Reichspost aber — die die eigentliche Rundfunkunternehmung ist — ist das etwas anderes. Sie kann die Rundfunkhörer über Ohr haufen, soviel sie will. Sie hat ja das Monopol am Rundfunk und damit höchsten Schutz vor den Wunden unter! Diesen Standpunkt hat sie (und nicht nur in Breslau) gegenüber allen Wünschen nach einer den Interessen der Arbeiter-Rundfunkhörer entsprechenden Programmgestaltung eingenommen.

Die Neugebung stellt sich als eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen dar, die einfach vom grünen Tisch verfügt worden ist. Dagegen müssen die Hörer aufs schärfste protestieren. Sie müssen fordern, daß alle Anstrengungen gemacht werden, in kürzester Zeit eine einwandfreie empfangsfähige Sendung fertig zu bekommen.

Um die „Wuma“-Demonstration

Das Sportkartell hat abgelehnt

Der sozialdemokratische Kartellvorstand desabonniert

Das Arbeiter-sportkartell hielt gestern seine Vollversammlung ab. Schon vor Eintritt in die Tagesordnung kam der Antrag, die Beteiligung an der „Wuma“-Demonstration mit als einem der ersten Punkte zu behandeln.

Die zweite, noch blamablere, brachte ihnen die nach der Diskussion vorgenommene Abstimmung. Mit 30 gegen 24 Stimmen wurde nämlich der Antrag auf Nichtbeteiligung an der „Wuma“ angenommen.

Was wird nun der Schimpfheld Zimmer von der „Wollwacht“ heute schreiben? Denn die Kartelldelegierten waren so „gemein“, zu verlangen, daß der ablehnende Beschluß in der Presse veröffentlicht werde, was Feingelmann auch zu tun versprach.

Denn das ist das Skandalöse an dieser Sache: der Kartellvorstand hat einfach Spiele, Demonstrationsteilnahme um der „Wuma“-Zeitung zugelegt, ohne daß die Delegierten und viel weniger noch die Mitglieder der Vereine wußten, um was es ging.

man sich mit einem angeblich schon gefaßten Beschluß herauszureden. Tatsache aber ist, daß vor vielen Wochen einmal von einer Teilnahme an einer „Gewerkschaftswoche“ die Rede war.

Man sagt, jetzt wäre, nachdem alles schon festgelegt sei, das „Kartell blamiert“. Wenn das stimmen sollte, dann ist es ja daran der sozialdemokratische engere Kartellvorstand. Weil die Partei es wollte, weil die sozialdemokratischen Stadtoberordneten und Stadträte der „Wuma“ zugestimmt hatten, deshalb sollten auch die Arbeiter-sportler in deren Dienst gestellt werden.

Auch Verfassungsfeier-Lübemann bei den Kartelldelegierten abgebligt

Zum Schluß der Kartelltagung wurde noch zu der „Verfassungsfeier“ kurz Stellung genommen. Die von oppositioneller Seite gestellte Forderung, die Beteiligung an den vorgesehenen Verfassungsfeiern der „Republikaner“ aller Schattierungen abzulehnen, brachte Feingelmann so in Verlegenheit, daß er, schon um nicht eine neue Niederlage zu erleiden, erklärte, selbst gegen jede Verfassungsfeier zu sein, und „selbstverständlich“ würden die Arbeiter-sportler an ihnen nicht teilnehmen.

Es war so schön gewesen, es hat mit der „Wuma“ und der „Verfassung“ nicht sollen sein...

Sonntag, den 14. Juli,

im Etablissement „Paradies“ in Oswitz.

Grosses Sommerfest

Programmfolge: Gartenkonzert, ausgeführt vom Musikverein „Harmonie“, Breslau.

— Die „Roten Blitze“ spielen in ihrer neuesten politischen Revue: „So seh'n sie aus!“

— Kinder-Belustigungen aller Art (Fackelaug).

— Preisschießen und Glückrad. — Verlosung.

— Im Saale Tanz. — Beginn 15 Uhr.

Eintritt 20 Pfennig. — Reingewinn ist zugunsten der Kinderheime der RHD. bestimmt

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen. Breslau. — Etablissementsverband. Donnerstag, 20. Juli, bei Meisig, Uferstraße, 10.00 Uhr.

Textilarbeiter zur Kapitulation nicht bereit

Wir veröffentlichen mehrere Arbeiterkorporationen, die den gegenwärtigen Stand im Textilarbeiterkampf schildern. Die Redaktion.

Kampfabpell der Laubauer Textilarbeiter Reformistische Gewerkschaftsführer fürchten Rechtschaffenheit und bleiben trotz Aufforderung der Versammlung fern

Die revolutionäre Textilarbeiteropposition berief in Lauban eine öffentliche Versammlung ein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten in einer Versammlung am Sonnabend ihre Anhänger für die Annahme des Schiedspruches gewonnen. Es sind dies etwa 15 Prozent aller ausgesperrten Textilarbeiter in Lauban. In der Versammlung der reformistischen Führer wurde eine Diskussion von der Versammlungsleitung nicht geduldet. Die Opposition forderte die Gewerkschaftsführer und die Mitglieder der Ausperrungskomitees, die unter dem Einfluß der Gewerkschaftsleitung stehen, auf, zu der Versammlung der Opposition zu erscheinen. Die reformistischen Führer fürchteten natürlich die Entlarzung ihres Arbeiterbetruges. Nicht nur, daß sie nicht erschienen, sie forderten auch drei Tage lang unter Einsatz aller Kräfte auf, der oppositionellen Versammlung fernzubleiben. Der Massenbewußte Teil ließ sich aber nicht abhalten. Etwa 200 Arbeiterinnen und Arbeiter erschienen, davon 15 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Genosse Jaja referierte. Ein gewerkschaftlich organisierter und zwei unorganisierte Arbeiter sprachen in zustimmendem Sinne. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die versammelten ausgesperrten Textilarbeiter und -arbeiterinnen aus Lauban lehnen den Schiedspruch für die Textilindustrie Schlesiens vom 4. Juli 1929 ab. Dieser Schiedspruch ist eine Verhöhnung der Arbeiterschaft. Die sozialdemokratisch-bürgerlichen Gewerkschaftsführer haben nie früher, so auch in diesem Ausperrungskampf bewiesen, daß sie die Interessen der Arbeiter den Kapitalisten preisgeben. Sie haben den Streikbruch organisiert und die Profitinteressen des Kapitalismus mit allen Kräften gestützt.“

Wir halten weiter fest an unseren ursprünglichen Forderungen und sind entschlossen, für diese Forderungen weiterzukämpfen.

An die gesamte Textilarbeiterchaft appellieren wir:

- Lehnt diesen Schandschiedspruch ab! Schärfter Kampf der Schlichtungsmaschine!
- Kämpft einheitlich und geschlossen für die ursprünglichen Forderungen!
- Berühmt jegliche Notstandsarbeit!
- Kämpft einheitlich und geschlossen gegen die Front der sozialdemokratisch-bürgerlichen Gewerkschaftsbürokratie und ihre Helfer, gegen den Dreißbund: Gewerkschaftsbürokratie, Unternehmer und kapitalistischen Staat!
- Macht betriebsweise Kampfleitungen, die, örtlich und bezirklich zusammengefaßt, die Führung des Kampfes mit Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft in die Hand nehmen!
- Folgt den Lösungen der revolutionären Textilarbeiteropposition und unterstützt in Massen ihre Aktionen!
- Es lebe der einheitliche Kampf der schlesischen Textilarbeiter! Es lebe die Solidarität der Arbeiterschaft! Nieder mit der Front der sozialdemokratisch-bürgerlichen Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer!

Christen blasen ins reformistische Horn

In Grünberg fand im Gew. Gemeindehause eine öffentliche Textilarbeiterversammlung vom Zentralverband Christlicher Textilarbeiter statt. Es sprach der Borsge Meißner über die Schlichtungsverhandlungen. Er charakterisierte durch demagogische und schmachtende Phrasen den Schlichtungsummel. Er warf der Sozialdemokratie und ihrem Reichsarbeitsminister Wisell vor, daß sie als sozialdemokratische Parteigenossen selbst gegen ihre eigenen Gewerkschaften stimmten, und zwar seien dort in der Schlichtungs „formel“ einige Fehler vorhanden gewesen. Auch sei der Mantelartikel etwas (?) geändert worden. Er schmiedete den Christlichen Honig um die Schnauze, indem er sagte, daß die schlesischen Textilarbeiter in den sechs Wochen Ausperrung sich mühtergültig gehalten haben, indem sie die Ruhe und Ordnung bewahrten. Gleichzeitig gab er bekannt, daß dieser „Kampf“ (?) auch eine Beitragserhöhung (!) mit sich bringen werde. In der Diskussion sprachen drei oppositionelle Redner. Einer von ihnen bekam nur fünf Minuten Redezeit; aber die oppositionellen Redner gaben den Christen das wahre Gesicht der Vorgänge. Im Schlußwort versuchte der Borsge, alles in demagogischer Weise zu beschreiben, trotz alledem mußte er zugeben, daß die Opposition Recht habe. Nach dem Schlußwort versuchte einer der Christen, gegen die M. und die Unorganisierten zu hetzen; aber als ein Oppositioneller zur Richtigstellung das Wort haben wollte, wurde ihm dieses nicht gegeben. Darauf forderte die Opposition die Textilarbeiter auf, die Versammlung zu verlassen.

Zwei Drittel verließen den Saal, und die treuen Christen blieben unter sich.

Lügen-Matthies macht den Schiedspruch schmachtend

Für Dienstag hatte der Textilarbeiterverband in Görlitz eine Versammlung einberufen, in welcher zu dem neuen Schiedspruch Stellung genommen werden sollte. Der Verband angestellte Matthies versuchte, von dem „großen Erfolge“ der durch den neuen Schiedspruch erzielten Erhöhungen sein soll, zu erzählen. Da Matthies bekannt ist, daß ein Teil der Kollegen den Schlichtungswindel satt hat und gegen den Hungerchiedspruch, der eine weitere Verelendung der Textilarbeiter mit sich bringt, ist, erklärte er eingangs seiner Ausführungen, „er wolle sich nicht mit gewissen Leuten (die: Opposition) über den Schiedspruch auseinandersetzen, sondern mit den Kollegen sachlich über denselben diskutieren.“ Wie sah nun diese sachliche Diskussion aus? Matthies, dessen Gehalt als Verbandsangestellter mehrmals so hoch ist, als der tägliche Lohn, den die Textilproleten durch den neuen Schiedspruch erhalten fallen, bezeichnete dieses Schandbillet als einen „großen Erfolg“ freigewerkschaftlichen Kampfes. „Wir sind die Sieger“, verkündete er triumphierend. „Die Textilbarone sind bezwungen worden.“ Wie sieht dieser Erfolg in Wirklichkeit aus? Der neue Schiedspruch sieht eine Lohnregelung bis 1931 vor. Diese lange Laufzeit ist eine gewaltige Verschlechterung gegenüber dem ersten Schiedspruch, der für die Textilarbeiter unannehmbar war. Die Lohn-„erhöhung“ ist durch die Erhöhung der Pölle und das Steigen aller wichtigsten Bedarfsgegenstände längst illusorisch geworden. Diese Tatsache ist auch den Verbandsangestellten bekannt. Wie man dann von einem „Erfolge“ sprechen kann, ist uns und allen Textilarbeitern unverständlich. Diese bewußte Irreführung durch die Verbandsbürokratie ist Verrat! Als eine Textilarbeiterin einen Zwischenruf machte, und zu verstehen gab, daß sie mit dem Schiedspruch nicht einverstanden sei, witterte Lügen-Matthies in ihr eine Kommunistin. Darauf geriet Matthies in sein Element, nämlich: Kommunistenfressen!

Dieser Verrat erlaubte sich die Freiheit, zu behaupten, die Kommunisten wären dem Verbands in den Rücken gefallen und hätten die Front der Unternehmer gestärkt. Als Beweis führte er die Veröffentlichung in der „Arbeiter-Zeitung“ über die Vorgänge im Hauptvorstande des Textilarbeiterverbandes an. In diesem Tone redete er bis zum Schluß der Versammlung. Den Textilarbeitern rufen wir zu: Wie lange wollt ihr euch noch von dieser Verbandsbürokratie an die Unternehmer verschachern lassen? Wehrt euch gegen das Schandbillet! Wählt Kampfleitungen, die wirklich für eure Interessen kämpfen!

D. B. Bürokrat winkelt

In Grünberg fand eine Versammlung vom D. B. statt. Der Gewerkschaftsführer Lindner gab den zweiten Schlichtungsvertrag in recht demagogischer, schmachtender Phrasen bekannt; näher auf diesen Salin einzugehen, verlohnt sich erst nicht. Alles in allem genommen war es ein Gewinn über die lange Dauer der Ausperrung.

Opposition hält Abrechnung

Mitgliederversammlung der Breslauer Gemeindefabrik — Protest gegen den „Bawa“-Kummel

Nachdem wir gestern den Beschluß der Breslauer Gemeindefabrik in der Lohnfrage kurz mitgeteilt haben, lassen wir heute den ausführlichen Bericht unseres Gewerkschaftsberichterstatters folgen: Die vorgestern im Gewerkschaftshause tagende Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsbetriebe nahm nach heftiger Diskussion das Angebot des Magistrats an. Nachdem Blank den Gemeindefabrikanten den Gang des Schachergeschäftes aufgezeigt hatte und das Angebot des Magistrats zur Annahme empfohlen hatte, wurde in die Diskussion eingetreten. Als erster sprach Kollege Strauchotta, der in scharfen Worten die Taktik der Lohnkommission bei den Lohnverhandlungen kritisierte. Die häßlichen Arbeiter, die gegen das Angebot gestimmt haben, und diejenigen, die gegen das Angebot sind und lediglich aus Laune gestimmt haben, müssen den Funktionären das Verantwortungsbewußtsein abspülen. Strauchotta kennzeichnete auch den Stadtrat Schramm als Wortführer des Magistrats, indem er darauf hinwies, daß Schramm „ganzen hinter“ Sozialdemokrat ist. Die 4 Pfennige sind nicht einmal ein Ausgleich für die vergangene Leuerung, viel weniger noch für die kommende. Nachdem sich noch mehrere Redner bemüht hatten, für Annahme zu sprechen und mehrere dagegen gesprochen hatten, wobei von den oppositionellen Rednern noch besonders zum Ausdruck kam, daß das Schlichtungsangebot ganzer besonders belächelt werden muß, da es sich immer gegen die Arbeiterschaft auswirkt, wurde das Schandangebot des Magistrats mit einer schwachen Mehrheit angenommen. Nun können sich Blank und seine Getreuen auf 1 1/2 Jahr zur Ruhe setzen, aber die Opposition wird während dieser Zeit dafür sorgen, daß der nächste Lohnkampf nicht wieder so abgewürgt wird.

Dann forderte Blank die Kollegen auf, am Sonntag recht zahlreich zur Gewerkschaftsdemonstration zu kommen und die „Bawa“ zu besuchen. Trotzdem Blank sagte, daß es jedem freistehe, für 30 Pf. die „Bawa“ zu besuchen, hoffen diese Bürokraten doch, daß sich die Arbeiter dann überbelpeln lassen und zur „Bawa“ mitlaufen, um die Pleite der „Bawa“ wenigstens vermindern zu helfen. Sehr scharf sprach sich hier Strauchotta dagegen aus. Er betonte, daß die Straßenbahner schon seit Jahren vergeblich auf Wohnungen warten.

Arbeiter, lehnt die Beteiligung am „Bawa“-Kummel ab!

B. Pohl
Beste und billigste Bezugsquelle ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Breslaus

Kollerei Hermann Walter
Breslau, Gahlsstraße 39
Milch — Butter — Eier — Käse

B. Thiemana, Beerdigungs-Anstalt
Breslau 10, Matthiasstr. 124
Fernruf 21 602
Inhaber: Erich Müller

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Fleisch- und Wurstwaren
Richard Krusch
Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 15, Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Beerdigungs-Anstalt
C. Heymann
Beihaltung-Bestattung
Lebensversicherung
und Feuerbestattung
Kollerei 97 — Zweiggeschäft Größ-
Ohlauer Straße 87 — Telefon 587 47

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Reserviert

Eimereien
Vogelfutter
Futtermittel
Richard Schwella
Matthiasstraße 185
Ecke Weimstraße 85

**28 gebrauchte
Fahrräder**
gut durchrepariert,
ein fast neues
Motorrad
mit Vierakt-Jap
Führerscheinfrei
Ein großer Posten
neuer
**Garantie-
Fahrräder**
und Rahmen
zu ganz bedeutend
herabgesetzten
Preisen

**Fahrradhaus
„Eximius“**
Reichenstr. 28
Reparaturen in Fahrradern
und Motorrädern
Sprach-Apparate, Schreib-
maschinen, und Gerüche
zu billigen Preisen
Spezialität:
Fahrrad-Reifen
o mit Sewjetstern o

Inscrat
haben in
unserer Zeitung
**guten
Erfolg**

WEINE
von
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blicherplatz 17
Louthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
sind deshalb so erstaunlich billig,
weil sie in dem In- und Auslande in
ganzen Waggons
bezogen und sofort bezahlt
werden
Rotwein Flasche 1.10
Südwein rotodergelb „ 1.20
Cyder süß „ 0.65
Johannisbeerwein süß 0.85
Wermutwein süß „ 1.35

**Moderne
Kinderwagen**
25.-
**Schuh-
waren**
kaufen Sie gut und
preiswert
bei
H. Gruhn
Schweidnitz
Markt 22

Kolonialwaren, Konfitüren
Zigaren, Zigaretten
Futtermittel, Eimereien
Vogelfutter
Georg Bansch
Striegan, Diegnitzer Str. 1

Katzmareks
Sarg- und Möbel-Magazin
Bobrek-Karl I
Großes Lager in Särgen und
Möbeln
Ausführung v. d. einfachst. b. elegantesten
Beerdigung, vornehme Zimmerdekoration,
eig. Galaleichenwagen. Teilzahlung gestattet.

Geschäfts-Eröffnung!
Allen Freunden und Bekannten
zur gefälligen Kenntnis, daß ich
die Filiale der
Görlitzer Molkerei
Untermarkt Nr. 20
übernommen habe
Reelle Ware Solide Preise
mein Grundsatz
Karl Anders

Lebensmittel
kaufen Sie gut und billig bei
Will Hanke
Schweidnitz, Langstraße 20